

# Qualität der Berufsschule

## Positionspapier der Gewerkschaftsjugend

### 1 Lernort Berufsschule – unterschätzt und kaum beachtet

Berufliche Schulen sind Orte der Vielfalt. Sie bieten Schüler\_innen die Möglichkeit, die gesamte Breite an Bildungsabschlüssen zu erwerben. Vom Nachholen allgemeiner Schulabschlüsse, über die theoretischen Fachkenntnisse für die duale Berufsausbildung bis hin zu studienqualifizierenden Bildungsgängen können Schüler\_innen dort Angebote wahrnehmen. Berufliche Schulen bieten vielfältige Durchstiegs- und Anschlussmöglichkeiten, gestalten Aufstiegs- und Weiterbildungsbiographien. Damit gestalten sie heute schon fließende Übergänge zwischen beruflicher Bildung und akademischen Werdegängen. Die beruflichen Schulen haben hier einen Vorbildcharakter für die Bildungslandschaft.

Berufliche Schulen leisten wertvolle Integrationsarbeit. Schüler\_innen mit unterschiedlichsten Lernbiographien und Bildungsvoraussetzungen lernen an einem Ort. Sie sind Orte, an denen sich die Bildungswege von Schüler\_innen aus den unterschiedlichsten sozialen Milieus, Regionen und kulturellen Hintergründen kreuzen. Das gemeinsame Schulleben ist geprägt durch Diversität und Gemeinsamkeit.

Durch ihre hohe Ausdifferenzierung bieten Berufliche Schulen niedrigschwellige Angebote für Einstiegs-, Aufstiegs- und Umstiegsmöglichkeiten im Arbeitsleben. Als erste Anlaufstelle für den Erwerb sprachlicher und beruflicher Kompetenzen für junge Geflüchtete reagieren sie schnell auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Die Berufsschulen müssen auch für diese zusätzlichen Aufgaben ausgestattet werden.

Um diesen Aufgaben auch in Zukunft nachkommen zu können, ist es an der Zeit, die Rahmenbedingungen für Berufsschulen zu verbessern und dringend notwendige Reformen in den Fokus der bildungspolitischen Diskussion zu rücken. Mit ihrer Integrationskraft können Berufsschulen Leitlinien für die Zukunft des Bildungssystems insgesamt setzen.

## 2 Politische Rahmenbedingungen

Die DGB-Jugend fordert deutlich höhere Investitionen im Bereich der beruflichen Bildung. Der Investitionsstau im Bildungswesen muss auch an den Berufsschulen abgebaut werden. Das System der dualen Ausbildung ermöglicht jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Wer bei den Berufsschulen spart, um die schwarze Null und einen ausgeglichenen Haushalt abzusichern, der verkennt deren Bedeutung im dualen Ausbildungssystem und gefährdet dessen Stellenwert bei der Fachkräftesicherung von morgen. Die Bildung an beruflichen Schulen darf deshalb nicht der Schuldenbremse zum Opfer fallen, vielmehr braucht es umfassende Investitionsprogramme für berufliche Schulen. Die Folgen fehlender staatlicher Investitionen in die berufliche Bildung sind heute bereits sichtbar: An vielen Berufsschulen werden Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige aktiv und finanzieren Ausstattung und moderne Lernmittel. Der Rückzug des Staates eröffnet hierbei privatwirtschaftlichen Akteuren vielfache Möglichkeiten der Einflussnahme, ausbildende Betriebe erhalten einen exklusiven Zugang zu den Berufsschulen und es besteht die Gefahr der einseitigen Einflussnahme. Es muss jedoch das Ziel sein, gleichwertige Ausbildungsbedingungen auch im schulischen Bereich der dualen Ausbildung sicher zu stellen.

Angefangen bei der Bausubstanz, über eine zeitgemäße technische Infrastruktur bis hin zu Programmen für Digitales Lernen sind Ausgaben notwendig. Diese können jedoch von den Ländern und Kommunen nicht alleine getragen werden. Die DGB-Jugend fordert deshalb die Abschaffung des Kooperationsverbotes in Bildungsfragen und ein umfassendes Bund-Länder-Investitionsprogramm, das insbesondere die beruflichen Schulen in den Blick nimmt. Wenn der Bund, aber auch Länder und Kommunen, in Bildung investieren, dürfen nicht nur Universitäten und Gymnasien auf der Empfängerseite stehen.

Viele Fragen in Bezug auf die Qualität der Berufsschulen sind auf Grund des Bildungsföderalismus Ländersache. Dennoch müssen aus Sicht der DGB-Jugend grundlegende Qualitätsaspekte der dualen Ausbildung am zweiten Lernort Berufsschule vereinbart werden. Zuständig ist dafür bisher die Kultusministerkonferenz (KMK). Die DGB-Jugend fordert einen verbindlichen, bundesweiten Pakt für mehr Qualität an beruflichen Schulen einzurichten, an dem die an der Ausbildung beteiligten Partner teilhaben. Hier müssen nachhaltige, verbindliche Ziele für die Entwicklung der beruflichen Schulen definiert und kontrolliert werden.

## 3 Ausstattung: Von Arbeitszeit über Internet bis zum Zugang der Gewerkschaften

Individualisierte Lernprozesse und Bildungsbiographien brauchen Lernbegleiter sowie pädagogisch qualifiziertes Fachpersonal. Lehrer\_innen an Berufsbildenden Schulen bringen ein hohes persönliches Engagement und Zeitkontingent ein, um ihren Schüler\_innen diese Begleitung bereitzustellen.

Eine übliche wöchentliche Arbeitszeit von Lehrenden an beruflichen Schulen von häufig über 50 Zeitstunden ist aus Sicht der DGB-Jugend nicht tragbar. Der Anteil der Pflichtstunden, die tatsächlich für den Unterricht anfallen, liegt dabei bei 25 Stunden. Dazu kommen Zeiten für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, administrative Aufgaben und für die pädagogische Betreuung der Schüler\_innen. Unbesetzte Stellen und eine hohe Fluktuation im pädagogischen Team erschweren den Dienstalltag der Lehrer\_innen an vielen Berufsschulen zusätzlich.

Die DGB-Jugend fordert deshalb eine einheitliche länderübergreifende Systematik bei der Stellenzuweisung für die Stellen an beruflichen Schulen. Der Schüler\_innen/Lehrer\_innenschlüssel muss auf Höchsthiveau über die Grenzen der Bundesländer hinweg fixiert werden. Diese Festlegung muss zu einer flächendeckenden Aufstockung des Lehrpersonals führen. Aus Sicht der DGB-Jugend muss die Pflichtstundenzahl der Lehrer\_innen reduziert und die Vor- und Nachbereitungszeiten des Unterrichts als Arbeitszeit anerkannt werden. Insbesondere für die individuelle Betreuung von Auszubildenden, für die ihre Lehrer\_innen oftmals wichtige Ansprechpersonen bei Problemen im betrieblichen Teil der Ausbildung sind, muss zusätzliche Zeit aufgebracht werden, die den Lehrer\_innen ebenfalls angerechnet werden muss.

Die Gewerkschaftsjugend fordert den verstärkten Einsatz von pädagogisch qualifiziertem Fachpersonal sowie Sozialarbeiter\_innen, die Lehrkräfte in der Betreuung der Schüler\_innen unterstützen können. Diese müssen mit Planstellen in der Stellenausstattung der Schulen verankert werden. Dies gilt aus Sicht der DGB-Jugend auch für Lehrer\_innen, die im Bereich der Sprach- und Berufsförderung von geflüchteten jungen Menschen eingesetzt sind.

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für das Lehramt an der Berufsschule. In vielen Berufsschulen herrscht deshalb ein Fachlehrer\_innenmangel, insbesondere im gewerblichen Bereich. Dieser wird dadurch verstärkt, dass der Zugang zum Lehramt an Berufsschulen nicht einheitlich geregelt ist. Die Gewerkschaftsjugend fordert deshalb transparentere Einstiegsmöglichkeiten in das Lehramt an beruflichen Schulen und die Angleichung der Ausbildungswege in den Bundesländern. Die Berufspädagogik soll bundesweit als Studium aufgebaut und gestärkt werden, um dem Fachlehrer\_innenmangel etwas entgegen zu setzen.

Gleichzeitig fehlt insbesondere den Fachlehrer\_innen, die über einen Quereinstieg nach einem Meisterabschluss, aber ohne ein pädagogisches Studium an einer Hochschule an die Berufsschulen kommen, eine intensive pädagogische Ausbildung. Dies wirkt sich für die Fachlehrer\_innen auch im Hinblick auf ihre Vergütung negativ aus, sie erhalten geringere Bezüge als ihre Kolleg\_innen, die durch ein Lehramtsstudium an die Schulen kommen. Die Politik muss hier dringend nachsteuern und in die Aus- und Weiterbildung sowie die Nachqualifizierung von Lehrkräften, insbesondere der beruflichen Fachlehrer\_innen investieren.

Für Expert\_innen aus den Betrieben stellt insbesondere im gewerblichen Bereich, der Wechsel als Lehrer\_in an die Berufsschule keine attraktive Alternative dar. Die DGB-Jugend fordert den Staat in seiner Rolle als Arbeitgeber deshalb auf, die Anstellungsbedingungen von Berufsschullehrer\_innen zu verbessern und attraktiver zu gestalten. Dazu gehört aus Sicht der Gewerkschaftsjugend eine Berufsaussicht mit Perspektiven. Die DGB-Jugend fordert deshalb unbefristete Stellen für alle Lehrer\_innen um die langfristige Betreuung der Schüler\_innen und die Planungssicherheit der Schulen zu gewährleisten. Das System der Vertretungslehrer\_innen mit sogenannten Vertretungsverträgen belastet vor allem junge Lehrkräfte enorm. Sie werden nach dem Referendariat als Krankheits- oder Elternzeitvertretung angestellt, haben häufig mehrere befristete Verträge innerhalb eines Jahres und die Verträge laufen oft nur bis zu den Sommerferien, danach folgt bis zum Beginn des neuen Schuljahres die Arbeitslosigkeit. Als Tarifbeschäftigte eines Bundeslandes arbeiten sie zudem unter wesentlich schlechteren Konditionen als ihre verbeamteten Kolleg\_innen. Dazu kommen hohe Anforderungen an die zeitliche und örtliche Mobilität und die Belastung durch die immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit. Gleiches gilt für das pädagogische Personal sowie die Sprachlehrer\_innen, die an den Berufsschulen eingesetzt sind. Besonders im Hinblick auf die Anforderungen junger Lehrkräfte an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sieht die Gewerkschaftsjugend hier dringenden Handlungsbedarf. Die sogenannten Vertretungslehrer\_innen müssen aus Sicht der DGB-Jugend unter gleichen Bedingungen wie verbeamtete Lehrkräfte fest angestellt, die zusätzlichen Anforderungen an die Flexibilität der Lehrkräfte zusätzlich honoriert und der ständige Springer\_innen-Pool muss ausgebaut werden.

Die Situation an vielen Berufsschulen ist dramatisch: heruntergewirtschaftete Gebäude, kaputte Sanitäreinrichtungen, in manchen Schulen bestehen Gefahren für die Gesundheit der Schüler\_innen, sodass Schulgebäude und Einrichtungen stillgelegt werden müssen. Kurzfristige vereinzelte Sanierungsmaßnahmen sind auf lange Sicht teuer und wenig hilfreich. Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt und die Aufgabe auch an den Berufsschulen viele junge Menschen mit vielfältigen kulturellen Hintergründen zu integrieren, erfordern zukunftsweisende Konzepte und Kompetenzen auch auf Seiten der Berufsschulen. Um diese als gleichwertigen Akteur in der dualen Ausbildung zu etablieren, fordert die DGB-Jugend dringend notwendige Investitionen in die Ausstattung der Schulen. Dazu gehören umfassende Sanierungen der Schulgebäude, eine zeitgemäße technische Ausstattung und der Ausbau der digitalen Infrastruktur wie auch die Bereitstellung digitaler Lernmedien. Zudem muss ein Augenmerk auf die Ausbildung von interkulturellen Kompetenzen am Lernort Berufsschule gelegt werden. Die Berufsschulen müssen im theoretischen Unterricht mit der technischen Entwicklung in den Unternehmen Schritt halten können.

Gleichzeitig profitiert die duale Ausbildung von einem intensiven Austausch und dem Zusammenwirken von Ausbildungsbetrieb und Berufsschule. Die DGB-Jugend fordert deshalb die verpflichtende Lernortkooperation zwischen Ausbildungsbetrieb und Berufsschule durch regelmäßige Treffen zum gegenseitigen Austausch und zur gemeinsamen Fort- und Weiterbildung einzuführen. Zur besseren Verzahnung der Lernprozesse an beiden Orten der dualen Ausbildung, ist die Entwicklung lernortübergreifender Berufsbildungspläne unter Einbezug der Sozialpartner und betrieblichen Interessensvertretungen notwendig. Damit dies gelingt, müssen zusätzliche Ressourcen sowohl bei der Personalausstattung als auch bei der infrastrukturellen Ausstattung der Berufsschulen bereitgestellt werden.

Dem Kooperationsgedanken entspricht es aus Sicht der Gewerkschaftsjugend auch, jungen Schüler\_innen an den Berufsschulen den Zugang zu emanzipatorischen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Sich über seine Rechte und Pflichten in der Ausbildung, über Mitbestimmungsmöglichkeiten in Betrieb und Berufsschule zu informieren und ein grundlegendes Verständnis über die Interessensgegensätze in der Arbeitswelt zu entwickeln, macht junge Menschen stark. Wir fordern deshalb einen flächendeckenden Zugang für gewerkschaftliche Bildungsangebote an beruflichen Schulen. Insbesondere im Fach Wirtschafts- und Sozialkunde bringt die Gewerkschaftsjugend Expertise mit, so zum Beispiel zum Thema Rechte und Pflichten in der Ausbildung und zum Thema betriebliche Mitbestimmung, die einen ganzheitlichen Blick auf die Lebens- und Arbeitswelten junger Menschen sicherstellen.

## 4 Berufsschulen als Orte der Mitbestimmung

In vielen Bundesländern haben die Gewerkschaften über Schulkonferenzen Mitsprachemöglichkeiten an den Berufsschulen. Die DGB-Jugend fordert, diese Mitbestimmungsmöglichkeiten länderübergreifend gesetzlich zu verankern.

Für die Gewerkschaftsjugend sind Orte der Mitbestimmung entscheidende Orte für gewerkschaftliches Handeln:

- Die Gewerkschaftsjugend stellt sich der Herausforderung, die Besetzung dieser Ämter durch aktive Gewerkschafter\_innen noch stärker als bisher zu unterstützen.
- Insbesondere Schüler\_innenvertretungen sind wichtige Orte der Mitbestimmung an Berufsschulen. Um diese in ihrer Arbeit zu unterstützen, wollen wir verstärkt Materialien und Bildungsangebote für Schüler\_innen in Mitbestimmungsgremien bereitstellen.
- Auch übergeordnete Mitbestimmungsgremien, wie Landesschüler\_innenvertretungen haben berufliche Schulen

häufig nicht im Blick. Um die Berufsschulen dort besser zu repräsentieren, sollen Aktive der Gewerkschaftsjugend ermutigt und befähigt werden, dort ein Amt einzunehmen.

- Ein Ziel der DGB-Jugend ist es, die Interessensvertretungsorgane der Lehrer\_innen stärker anzusprechen und deren Vernetzung zu fördern. Um das Ziel, eine höhere Qualität des Berufsschulunterrichts zu erreichen, bedarf es eines kontinuierlichen Austausches von Gewerkschaftsjugend mit dem pädagogischen Personal an den Berufsschulen sowie den zuständigen Personalräten.

## 5 (Aus-)Bildung für Alle.

Nicht für alle Auszubildenden wird ein wohnort- und betriebsnaher Berufsschulbesuch angeboten. Fachklassen werden überregional zusammengelegt um eine Auslastung der vorhandenen Kapazitäten zu gewährleisten. Dies bedeutet für Auszubildende eine zusätzliche Belastung. Die DGB-Jugend fordert, auch bei kleinen Klassengrößen in einem Berufsfeld ein betriebsnahes Angebot zur Verfügung zu stellen.

Durch den auswärtigen Schulbesuch entstehen für Auszubildende hohe Kosten durch Unterbringung und Fahrt, insbesondere bei Schulunterricht im Blockformat. Nicht alle Auszubildenden können diese Kosten aufbringen, sodass deren freie Berufswahl eingeschränkt wird. Die DGB-Jugend fordert deshalb, dass entstehende Kosten durch den Arbeitgeber getragen werden müssen.

Durch weite Anfahrtswege zur Berufsschule müssen die Auszubildenden zudem erhebliche Zeitressourcen aufbringen, die oftmals nicht auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden. Die DGB-Jugend fordert deshalb, dass Unterrichtszeiten sowie Pausenzeiten und Anfahrtswege zur Berufsschule auf die betrieblichen Arbeitszeiten angerechnet werden. Ein Schultag ist einem vollen Arbeitstag gleichzusetzen und eine Rückkehrpflicht in den Betrieb muss aus Sicht der DGB-Jugend für alle Auszubildenden entfallen.

Die DGB-Jugend fordert deshalb eine umfassende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, durch die der Besuch der Berufsschule eine gleichwertige Anerkennung zu dem betrieblichen Teil der dualen Ausbildung erfahren muss. Dazu gehört aus Sicht der DGB-Jugend ebenso die Aufnahme der Lehr- und Lernmittelfreiheit für Auszubildende in das Berufsbildungsgesetz (BBiG).

Die duale Ausbildung steht allen Schüler\_innen offen, der Zugang zur Ausbildung ist per se nicht an einen bestimmten Schulabschluss gekoppelt. Auch junge Menschen mit Beeinträchtigung sollen aus Sicht der DGB-Jugend eine vollwertige duale Ausbildung absolvieren können. Die DGB-Jugend fordert deshalb, dass diesen jungen Menschen der barrierefreie, gleichberechtigte Zugang zu allen anerkannten Ausbildungsberufen gewährleistet wird und deren individuelle Bedarfe bei der Gestaltung der Schulen berücksichtigt werden. Auch muss die Umsetzung der Rahmenlehrpläne in den Berufsschulen barrierefrei ausgestaltet werden.

## 6 Berufliche Schulen als Orte im Übergang

Immer mehr Schüler\_innen an beruflichen Schulen machen keine Ausbildung. Die anderen Schüler\_innen einer beruflichen Schule besuchen stattdessen eine Vielzahl weiterführender Schulgänge. Von Angeboten zur Erfüllung der Schulpflicht mit dem Besuch eines Berufsgrundschuljahres bis hin zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung können Bildungsgänge wahrgenommen werden. Ein nicht kleiner Teil der Schüler\_innen verbringt an Berufsschulen Zeit in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems, obwohl sie eine duale Ausbildung absolvieren möchten. Deren Zahl ist im Jahr 2016 bundesweit auf über 300.000 stark angewachsen. Die Hälfte der Schüler\_innen im Übergangssystem hat maximal einen Hauptschulabschluss. Selbst wenn man die Anzahl an geflüchteten jungen Menschen in Integrations- und Sprachklassen, die ebenfalls in diesen Übergangsbereich fallen, nicht mitzählt, werden dort viel zu viele junge Menschen geparkt, oftmals ohne realistische Aussicht auf eine Ausbildung. Die DGB-Jugend lehnt das Übergangssystem ohne eine tatsächliche Perspektive in Ausbildung ab und fordert hingegen einen rechtlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz. Dazu muss eine zentrale rechtskreisübergreifende Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet werden, die alle ausbildungsinteressierten jungen Menschen in Ausbildung vermitteln soll. Die Jugendberufsagenturen bieten aus Sicht der DGB-Jugend ein solches niedrighschwelliges Konzept, welches jedoch nach der Einführung in den vergangenen Jahren, jetzt evaluiert und weiterentwickelt werden muss.

Um den Übergang von der Schule in die Ausbildung genauer in den Blick nehmen zu können und zu prüfen, ob die dort angebotenen Maßnahmen tatsächlich zu einer Integration in Ausbildung führen, fordert die DGB-Jugend die flächen-deckende Einführung einer Verlaufsstatistik, die den Werdegang aller Schüler\_innen anhand der Individualdaten abbildet. Nur so können bundesweit die Maßnahmen identifiziert und fokussiert werden, die tatsächlich zu einer weiterqualifizierenden Ausbildung verhelfen. In eine solche Verlaufsstatistik sollen auch Menschen mit Beeinträchtigung aufgenommen werden. Sie haben aktuell deutlich schlechtere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz und nehmen häufiger eine außerbetriebliche Ausbildung auf, absolvieren berufsvorbereitende Maßnahmen oder befinden sich im Bereich der Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Auch ihnen soll aus Sicht der DGB-Jugend der Zugang in eine betriebliche Ausbildung ermöglicht werden.

**Beschlossen im DGB Bundesjugendausschuss am 21. Juni 2017.**